

(Abg. Günther.)

(A) „Die Freisinnige Interpellation“ —

wir hatten damals eine Interpellation über Lebensmittelsteuerung eingebracht —

(Zuruf links: Ist immer so!)

„wolle nur die Regierung veranlassen, im Bundesrat auf eine Einschränkung der Zölle hinzuwirken. Das ist ein billiges Verlangen, es nützt zwar der Bevölkerung nichts, es scheint aber den Freisinnshelden im sächsischen Landtage geeignet, sich wieder einmal als Volksfreunde in Erinnerung zu bringen.“

(Abg. Müller: Ganz richtig so!)

Herr Abg. Müller, es ist sehr gut, daß Sie „richtig“ sagen, man kann dann Rückschlüsse auf Ihre Stellung und die Ihrer Fraktion ziehen.

(Sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Meine Herren! Abgesehen von der verleumderischen Unterstellung, als ob es uns damals nicht aufrichtig um eine Erleichterung der Volksernährung zu tun gewesen wäre, behauptete das sozialdemokratische Zentralkomitee, daß eine Einschränkung der Zölle ein billiges Verlangen sei, das der notleidenden Bevölkerung nichts nütze. Wenn die sozialdemokratische Partei in Sachsen — und das Zentralkomitee vertritt doch meines Wissens die gesamte Partei —, wenn die gesamte Partei der Sozialdemokratie in Sachsen eine derartige Meinung vertritt, dann wundert es mich, daß die parlamentarische Vertretung der sozialdemokratischen Partei in Sachsen nicht dieselbe Meinung vertritt.

Was soll die sozialdemokratische Interpellation nützen, wenn nur gefragt wird: Was hat die Königl. Staatsregierung getan und was gedenkt sie weiter zu tun, um der bestehenden Lebensmittelsteuerung entgegenzuwirken? Die Königl. Staatsregierung kann nach der vom Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei vertretenen Ansicht, daß die Königl. Staatsregierung gar nicht die Möglichkeit habe, etwas Entscheidendes in der Zollpolitik zu tun, und daß eine Einschränkung der Zölle der notleidenden Bevölkerung nichts nütze, eigentlich nichts mehr tun. Die Sozialdemokratie hat damit die Regierung der Verpflichtung enthoben, in dieser Beziehung überhaupt die Finger zu rühren,

(Hört, hört! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

um die Lebensmittelverteuerung herabzumindern. Die sozialdemokratische Partei macht mit solchen Auslassungen die Regierung besonders scharf, nichts zu tun. Auf dieses Scharf-

machen durch die Sozialdemokratie hin hätte die Königl. Staatsregierung weiter nichts zu tun, als im Bundesrate getrost Gewehr bei Fuß stehen zu bleiben. Für solche sozialdemokratische Volksfreundlichkeit danken wir.

(Sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Wir sind, meine Herren, der festen Überzeugung,

(Vizepräsident Fräßdorf: Unerhört!)

daß trotz dieser Ansicht die Königl. Staatsregierung im Bundesrate Einfluß auf die Einschränkung der Zölle gewinnen könnte.

(Sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Meine Herren! Wir können das, glaube ich, um so sicherer erwarten, als Sachsen in dieser Beziehung nicht allein bleiben dürfte. Ich habe bereits auf Bayern und Baden Bezug genommen, und es ist auch sehr wahrscheinlich, daß nicht nur Bayern und Baden, sondern auch andere mittlere und kleine Bundesstaaten bereit sein würden, nach dieser Richtung hin dieselben Ziele zu erstreben. Die in der Thronrede angekündigten Maßnahmen sind gewiß mit Dank zu begrüßen, aber, meine Herren, sie genügen nicht; wir hoffen auf eine Antwort, die den Volkswünschen entgegenkommt. Meine Herren! Man weiß im Volke genau, daß die Hauptursache die große Dürre ist, die, wie ich mir schon auszuführen erlaubte, dazu beigetragen hat, daß die Lebensmittelpreise in die Höhe gegangen sind. Aber es ist für die gesetzgebenden Gewalten möglich, viel zu tun, wodurch die Lebensmittelpreise herabgemindert werden können. Ich möchte bitten, daß die Königl. Staatsregierung sich nicht durch falsche Auffassungen und Auslassungen beeinflussen lassen möge, daß sie unbeirrt ihren Weg gehen möge, den wir für den richtigen halten, im Bundesrate Maßnahmen vorzuschlagen und durchzusetzen zu suchen, die den berechtigten Wünschen des Volkes entgegenkommen. Meine Herren! Hoffen wir, daß die Antwort so ausfällt, daß sie im Lande als eine solche aufgefaßt werden kann, die dem allgemeinen Volkswohle dient!

(Bravo!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Sindermann zur Begründung der zweiten Interpellation.

Abg. Sindermann: Meine Herren! Der Herr Minister, der die Interpellation beantwortet, kann sich sehr kurz fassen, denn der Herr Abg. Günther hat